

■ Register des Archivs

Alf Lüdtke/Tobias Nanz (Hg.), Laute, Bilder, Texte. Register des Archivs, Göttingen (V&R unipress) 2015, 137 S., zahlr. Abb., 30,00 €

Die materielle und mediale Vielfalt von Archivalien nimmt im fortschreitenden Zeitalter der Massenakten stetig zu. Dieser Befund erfährt in den Geisteswissenschaften wachsende Aufmerksamkeit und wird zunehmend reflektiert. Archive und Archivierung werden kritisch kontextualisiert und nach den konstitutiven Sammlungs- und Arbeitsmechanismen befragt, die ihrerseits die Überlieferung prägen und somit Vergangenheitsdeutung und Geschichtsschreibung beeinflussen. Die Frage nach der Historizität von Archivgut und dem Umgang mit ihm gewinnt dabei verstärkt an Bedeutung. Dieser Problematik nimmt sich der vorliegende Sammelband an, der Ergebnisse eines 2013 in Weimar durchgeführten Workshops präsentiert. Darin sondieren, wie die Herausgeber schreiben, die Autorinnen und Autoren anhand alltagshistorischer Studien den akteursbezogenen Umgang mit archivierten Lauten, Bildern und Texten. Aufgabe ist die »Erkundung archivarischer Praxis« bzw. die Darstellung und Reflektion von »Praktiken des Archivs«, was im Sinne von Alf Lüdtke und Tobias Nanz vom Sammeln über Überlieferungsbildung bis zum Nutzerumgang nahezu alles einschließt. Übergreifende Fragestellungen als erkenntnisleitende Matrix werden dem Band nicht vorangestellt.

Das Buch ist schlank und enthält neben der Einleitung und einem Schlusskommentar sieben Textbeiträge. Diese greifen thematisch äußerst weiträumig aus. Das hängt zum einen an der vielfältigen disziplinären Herkunft der Verfasserinnen und Verfasser, die (zum Teil in Doppel- oder Dreifachfunktion) in den Bereichen der Medien-, Film-, Literatur- und Kulturwissenschaft, Mediävistik und Zeitgeschichte, Filmkunst, Museums- und Ausstellungsarbeit ihr Wirkungsfeld haben. Zum anderen ist

das Spektrum der gewählten Perspektiven, Fallbeispiele und Untersuchungsorte ausgesprochen breit. So geht es um Fotografie, Tonträger, Dokumentar-, Zeichentrick- und Spielfilm, Laut- und Literaturarchiv, Trance-Medien-Archive, Deutschland, USA, Israel, Marokko, Südafrika. Die Leserinnen und Leser werden mit den unterschiedlichsten Archivfunden konfrontiert: historische Schallplattenaufnahmen kriegsgefangener Bengali von 1918 (Britta Lange über Praktiken des *talking* und *speaking* vor dem Gramophon), eine Fotoaufnahme Dresdener Kommunisten aus den 1930er Jahren (Wolfgang Hesse über mediale Ressourcen der Arbeiterfotografie in der Weimarer Republik), außertextliches »Beiwerk« und Zufallsdinge in Schriftsteller-Nachlässen (Heike Gfrereis über das Literaturarchiv Marbach als Literaturmuseum) oder cineastisch verarbeitete Filmaufnahmen aus dem Warschauer Ghetto (Tobias Ebbrecht-Hartmann über Archiv, Film und Erinnerung im israelischen Kino). Carolyn Hamilton wiederum präsentiert Rituale, mündliche Überlieferungen und Performanzen der Ahnenerinnerung südafrikanischer Familienclans, denen sie archivarisches Qualität zuschreibt.

Konzeptuelle Grundlage und zugleich Lektürevoraussetzung des Bandes sind ein weit gefasstes Verständnis von »Archiv« als Begriff und Forschungsfeld. Beides umreißen die Herausgeber in ihrem instruktiven Eröffnungsbeitrag, der überblicksartig Entstehungsgeschichte, methodische Zugriffe und Trends sowie Erklärungspotenziale diskutiert. In vorrangig medien- und kulturgeschichtlicher Perspektive und im Rückgriff auf französische Vordenker wie Michel Foucault, Paul Ricœur oder Jacques Derrida erkunden Lüdtke und Nanz die inzwischen sehr weit gefassten, auch divergierenden Begriffs- und Deutungsebenen von »Archiv«. Deutlich wird, dass es insbesondere philosophische und kulturhistorische Zugriffe waren, die archivische Gewissheiten in Frage stellten und auf Neudefinition und begriffliche Entgrenzung drängten. Archive sind

demnach nicht allein Institutionen, sondern vielmehr auch begriffliche Projektionen. Zugleich schaffen Archive und Archivpraktiken Machtverhältnisse ebenso wie sie sie repräsentieren.

Die nachfolgenden Beiträge, die hier nur in kleiner Auswahl vorgestellt werden können, sind unterschiedlich elaboriert und bewegen sich zwischen beobachtender Beschreibung und theoriegeleiteter Analyse. Reflexive Dichte und empirischer Gehalt schwanken je nach Gegenstand und Autor/in. Wie der Wissenskontext über die Quelle deren Interpretation bereichert, zeigt der Beitrag von Wolfgang Hesse, der, klug eingebettet in die Geschichte der Weimarer Arbeiterfotografie, eine umfassende Bildanalyse am Einzelbeispiel vornimmt. Hesse untersucht eine Bildpostkarte, die junge kommunistische Agitatoren vor einer mit zahlreichen Zeitungsfotos und Losungen beklebten Litfaßsäule in Dresden-Pieschen anlässlich der Reichstagswahl 1930 zeigt. Über die vorgefundene Bild-im-Bild-Motivik der Amateuraufnahme stellt der Autor die Verbindung zur Archivthematik her. So verweist die Bildersammlung auf der Säule den Betrachter zum einen darauf, dass kommunistische Foto-Archive existierten und, wie in diesem Fall, propagandistisch genutzt wurden. Zum anderen trägt die Säule in ihrer Gestaltung selbst archivische Züge. Nachdem KP-Funktionäre die politische Notwendigkeit erkannt hatten, eigene Zeitungsarchive aufzubauen, waren die Parteigruppen angehalten worden, regelmäßig aktuelles Bildmaterial über sich und ihr Tun zur Archivierung einzusenden. Doch über den inszenatorischen Stil herrschte keine Einigkeit, so dass unter den politischen Aktivisten bisweilen eigenständige Ausdrucksformen und Darstellungsweisen gepflegt wurden. Rückblickend lassen sich zahlreiche Fotoeinsendungen so als ausdrucksstarke Abbilder von Selbstpräsentation lesen. Aufgrund der aufgelockerten Choreographie und abweichenden Komposition, die der Bildlichkeit bewusst einen Vorrang gegen-

über dem rein Dokumentarischen einräumt, erkennt Hesse auch in seinem Beispiel eine ästhetisch »eigensinnige Hervorbringung«, die sich von den sonst gängigen »Kampfbildern« unterscheidet, die der kommunistische Propagandaapparat produzierte. Die Aufnahme spiegelt – mediengeschichtlich – eine neue Art der Arbeiterfotografie wider, wie sie kurzzeitig auch dem damaligen kommunistischen Chefpropagandisten und Medieneigner Willi Münzenberg vorschwebte. Archiviert zugänglich, prägen sie und ähnliche Fotos unsere heutigen Bildvorstellungen über Zeit, Ort und Milieu.

Tobias Ebbrecht-Hartmann geht einen Schritt weiter und liest die untersuchten medialen Quellen selbst als »originäres Archiv«. Dazu betrachtet er eine Reihe von jüngeren israelischen Spielfilmen und analysiert deren spezifische Montagetechniken sowie die darin enthaltenen Verarbeitungen historischer Dokumentaraufnahmen. Hintergrund ist ein gestiegenes Interesse unter israelischen Filmemachern an der filmischen Erforschung der eigenen Geschichte, die zur Entdeckung und ausschnittshaften Neu-Verwertung von inzwischen historisch gewordenen Filmen und Filmaufnahmen führt. Letztere bilden, so Ebbrecht-Hartmann, in ihrer Art eine eigene Sammlung von vergangenen Spuren und Überresten, die zunächst bearbeitet und dann in den neuen Werken in eine ungewohnte interpretative Ordnung gebracht werden können. In ihrer Funktion als Medienspeicher erlangen Filme wie *A History of Israeli Cinema* von Raphael Nadjari (2009) oder *A Film Unfinished* von Yael Hersonski (2010) so auch archivische Qualitäten. Zugleich sind den Arbeiten, wie der Verfasser ausführt, durch diese künstlerischen Verfahren thematische Suchbewegungen eingeschrieben worden, die ihrerseits wiederum das Prozesshafte abbilden, das für die »Archiv-Werdung« des Films ebenso typisch ist wie für die darin archivierte Realgeschichte.

Dass mediale Archivierung wiederum ein Vorgang ist, dem wir inzwischen weltweit in nahezu jedem kulturellen, auch subkulturel-

len Kontext begegnen, zeigen die Archivierungspraktiken sufistischer Bruderschaften in Marokko, die Anja Dreschke und Martin Zwilling in Form einer kommentierten Bildstrecke quasi dokumentarisch im Buch festgehalten haben. So legten die Bruderschaften bereits seit den frühen 1980er Jahren eigene Medienarchive an, in denen gezielt filmische Aufnahmen von Trance-Ritualen aufbewahrt werden. Absicht sei es, die traditionellen religiösen Praktiken zu erinnern, zu demonstrieren, zu kontrollieren, aber auch folkloristisch zu vermarkten. Damit schreiben die Mitglieder, so die Kernaussage des kurzen Textbeitrages, ihre eigene Medien-Geschichte der Trance und bedienen sich zugleich der modernen westlichen Medientechnik.

Archive und Archivierungsvorgänge, so könnte eine Quintessenz nach der Lektüre lauten, befinden sich im Fluss der Geschichte und damit in ständiger Bewegung. Ihr politischer, kultureller und historischer Stellenwert variiert nicht nur entsprechend der eingenommenen wissenschaftlichen Perspektive und intellektuellen Lesart, sondern auch ganz fassbar je nach Epoche, Land, Tradition und Gesellschaft. Wer mit Archivalien arbeitet, sollte dies im Hinterkopf behalten und in der Auswertung berücksichtigen. Für die Beschäftigung mit Geschichte im Allgemeinen, wie auch für die junge deutsche Archivgeschichte im Speziellen ist dies zweifellos ein wichtiger Appell, wenn auch kein neuartiger Weckruf. So weist der Mittelalterforscher Ludolf Kuchenbuch in seinem Abschlusskommentar darauf hin, dass die umfassende Berücksichtigung von Kontext und Vorgeschichte von jeher fester Bestandteil mediävistischer Quellenkritik gewesen sei.

Insgesamt lanciert der Band keine Generalthese. Dazu sind die Gegenstände, Ansätze und Stile zu disparat. Es ist eher ein Strauß bunter Blumen, der auf Projekte hinweist und auf einzelne Aspekte neugierig macht. Als gewisser Schwachpunkt tritt hervor, dass mancher Beitrag darauf

verzichtet, sein Thema argumentativ in den Problemhorizont der Herausgeber einzubetten und die Reichweite des zugrunde liegenden »Archiv«-Verständnisses abzustücken. In der Folge bleibt, zumindest für den Rezensenten, streckenweise offen, worin die Beziehung zwischen dem konkreten Untersuchungsgegenstand und dem begrifflich-gedanklichen Überbau besteht. So ist Dietmar Schmidts Filmanalyse des Disney-Cartoons *The Grasshopper and the Ants* aus dem Jahre 1934 zwar stimmig. Doch dass der Trickfilm, wie die Einleitung vorgibt, sich als ein »Archiv sozialer und politischer Aushandlungen« erweist, ist eine Deutungsebene, die im Text kaum näher ausgeführt wird. Der Bogen wirkt hier konzeptuell ein wenig überspannt. Daher wird es bei der Lektüre wohl auch auf die Perspektive der Leserinnen und Leser ankommen und darauf, in wie weit sie gewillt sind, in jedem Fall dem Archiv-Paradigma zu folgen. Diejenigen, die es sind, werden den Band mit Gewinn lesen.

PETER ULRICH WEISS (POTSDAM)

■ Transgressive Unions in Germany

David M. Luebke/Mary Lindemann (Hg.), Mixed Matches. Transgressive Unions in Germany from the Reformation to the Enlightenment (SPEKTRUM: Publications of the German Studies Association; Bd. 8), New York/Oxford (Berghahn) 2014, 246 S., \$95.00

Forschungen zu Ehekonflikten in der Frühen Neuzeit haben in der Geschichtswissenschaft spätestens seit den 1980er Jahren Konjunktur. Da die Reformatoren mit ihrer Auslegung der Ehe als weltliche Angelegenheit vor allem den rechtlichen Charakter der Ehe fundamental veränderten, konzentrieren sich viele Studien primär auf den Wandel des Eherechts und seine Auswirkungen auf die soziale Praxis der Eheschließung (und Eheauflösung) in protestantischen Territorien des 16. und 17. Jahrhunderts. Im

Fokus steht dabei die Frage, unter welchen rechtlichen, sozialen und rituellen Voraussetzungen eine Paargemeinschaft als legitime Ehegemeinschaft anerkannt wurde und welche Durchschlagskraft die neuen obrigkeitlichen Eheverordnungen in einer Gesellschaft besaßen, die sich weiterhin an traditionellen Bräuchen insbesondere der Eheschließung orientierte.

Der von David M. Luebke und Mary Lindemann herausgegebene Tagungsband *Mixed Matches* stellt insofern eine überaus wertvolle Ergänzung zum oben skizzierten Forschungsfeld dar, als er den Blick auf all jene Formen ehelicher Beziehungen richtet, die nicht nur in Opposition zu politisch und konfessionell begründeten Ehenormen, sondern auch zu sozialen, moralischen und ethnischen Normen traten und entsprechend als »transgressiv« beziehungsweise deviant bezeichnet werden können. Die elf Aufsätze konzentrieren sich auf unterschiedliche Typen von ehelichen und/oder sexuellen Verbindungen, die »irgendeine Art von Tabu« gebrochen haben oder sich im Grenzbereich dessen bewegten, was von den Zeitgenossen (vornehmlich deutscher Territorien der Frühen Neuzeit) aus unterschiedlichen Perspektiven als akzeptables Partnerschaftsmodell betrachtet wurde. Zu den untersuchten Abweichungen gehören neben bigamischen Ehen, Klerikerehen und inzestuösen Verbindungen vor allem Mischehen, die zwischen Personen unterschiedlicher sozialer, konfessioneller, territorialer oder ethnischer Provenienz geschlossen wurden.

Nach einer ausführlichen Einführung in das Thema durch den Herausgeber David M. Luebke beginnt der Band mit einer Darstellung David M. Whitfords über Luthers Auffassungen von Bigamie. Als Seelsorger erklärte Luther das bigamische Verhalten des Mannes für eine legitime Ausnahme, wenn es einen Ehebruch und somit zugleich auch das Risiko einer Ehescheidung (und somit einer Ehrverletzung der Ehefrau) verhindern half. Luther ließ sich in seinem Urteil jedoch weniger von theologischen

Prinzipien als vielmehr von der sozialen Frage leiten, ob er dem ratsuchenden Bigamisten freundschaftlich gesonnen war oder nicht. Wolfgang Breul befasst sich am Beispiel der hessischen Stadt Hersfeld mit dem Phänomen der Priesterehen in der frühen Reformationszeit, deren Legitimation nicht nur durch die von Luther propagierte Desakralisierung des Priesterstandes, sondern vor allem durch die zu jener Zeit weit verbreitete öffentliche Kritik am Konkubinat begründet wurde. Das Engagement für die Abschaffung des Zölibats stellte dabei ein wichtiges Instrument der Verbreitung und Legitimierung reformatorischen Gedankengutes dar. Mit der Untersuchung des Eheverhaltens ehemaliger Nonnen und Mönche schließt Marjorie E. Plummer an die Thesen Breuls an: Die Protestanten sahen in der Befürwortung »monastischer« Ehen ein weiteres Mittel zur Beförderung der reformatorischen Idee. Aus diesem Grund äußerten sie Kritik an der Ehereform vornehmlich dann, wenn sich die verheirateten Mönche weigerten, der lutherischen Predigerschaft beizutreten. Die soziale Integration verheirateter Ordensflüchtiger in ein laikales Umfeld war jedoch mit sehr viel größeren Schwierigkeiten verbunden als die Integration von verheirateten Weltklerikern, deren Keuschheitsgelübde aufgrund ihrer pastoralen Verbundenheit mit der laikalen Lebenswelt weniger Bindekraft besaß.

Die Beiträge von Ralf-Peter Fuchs und Michael Sikora befassen sich mit ehelichen Beziehungen zwischen Personen, die verschiedenen sozialen Ständen oder Schichten angehörten. Für Michael Sikora stellten Mesallianzen zwischen Niederadeligen und Hochadeligen beziehungsweise Nichtadeligen und Adelligen eine besondere Form des sozialen Aufstiegs dar, der jedoch nicht ohne Konsequenzen für die dynastische Erbfolge und das aristokratische Selbstverständnis blieb. Obwohl Ehen zwischen Angehörigen des deutschen Hochadels mit unstandesgemäßen Partnern in der Minderzahl blieben und die Integration von Bürgerlichen in

Adelsfamilien (insbesondere für Frauen und die gemeinsamen Kinder) mit rechtlichen Schwierigkeiten verbunden war, so zeigen sie doch eindrücklich, dass die vermeintlich statische Ständeordnung der Frühen Neuzeit eine gewisse soziale Durchlässigkeit erlaubte. In Ergänzung hierzu richtet Ralf-Peter Fuchs den Blick auf ungleiche Eheverbindungen zwischen Angehörigen niederer Gesellschaftsschichten. Um das Risiko einer Missherirat so gering wie möglich zu halten, orientierte sich zum Beispiel die bäuerliche Bevölkerung in Lippe an ritualisierten Praktiken der Eheeinleitung, die zumeist auch das Einverständnis der Familien des Brautpaares zur Ehe voraussetzten.

Der nächste Themenkomplex des Bandes wendet sich dem Phänomen der konfessionellen Mischehe zu. Mit den Auswirkungen gemischtkonfessioneller Ehen insbesondere auf die Kindererziehung setzt sich Dagmar Freist am Beispiel der Landbevölkerung des Fürstbistums Osnabrück auseinander. Obwohl das Reichsrecht den Vätern die Entscheidungsgewalt über die Konfession der Kinder zuwies, stellt Freist an einigen Fallbeispielen heraus, dass die konfessionelle Zugehörigkeit in der Praxis auf der Basis geschlechtlicher Kriterien bestimmt wurde: Während die Jungen der Konfession ihres Vaters folgten, nahmen die Töchter in der Regel die Konfession der Mutter an.

Daniel Riches und Alexandra Schunka nehmen gemischtkonfessionelle Ehen zwischen Angehörigen fürstlicher Familien in den Blick: Während Riches die politischen Implikationen der gescheiterten Eheverhandlungen zwischen der evangelisch-lutherischen (später katholischen) Christina von Schweden und ihrem Cousin, dem reformierten Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg-Preußen, analysiert, befasst sich Schunka mit den Eheverbindungen zwischen britischen und deutschen Herrscherhäusern im frühen 18. Jahrhundert. Interessant ist dabei vor allem das Ergebnis, dass gemischtkonfessionelle Ehen zwischen Adelsgeschlechtern des 18. Jahrhunderts im

Vergleich zum 17. Jahrhundert nicht mehr notwendig die Konversion eines Ehepartners voraussetzten.

Mit ihrer Untersuchung interethnischer Paarbeziehungen zwischen »Europäern« und »Südasiaten« im Kontext des frühneuzeitlichen Handelskolonialismus betritt Antje Flüchter ein bisher untererforschtes Feld. Anhand einer Analyse frühneuzeitlicher deutscher Reiseberichte stellt sie fest, dass die gemeinsame religiöse Zugehörigkeit bei der Eheanbahnung im frühneuzeitlichen Indien eine wichtigere Rolle spielte als die Kategorien ethnische Identität und sozialer Status, die im Unterschied zur Religion »erfolgreich ausgehandelt« werden konnten. Mit dem Phänomen inzestuöser Beziehungen beschäftigen sich die Beiträge von Claudia Jarzebowski und Mary Lindemann. Jarzebowski rekonstruiert den rechtlichen Wandel des Inzestdiskurses nach der Reformation, der ein »spirituelles« Verwandtschaftsverhältnis (zum Beispiel die Taufpatenschaft) zwischen den Partnern als Ehehindernis zunehmend ausschloss. Am Beispiel eines prominenten und vielfach rezipierten Inzestfalls in Hamburg aus dem Jahr 1765 schließlich geht Mary Lindemann der Frage nach, welchen Einfluss die (erotische und romanhafte) Literatur der deutschen Populäraufklärung auf die öffentliche Wahrnehmung von Inzest und sexueller Freizügigkeit ausübte. Für die verantwortlichen Gerichte ging die als »Guyard-Affäre« bekannt gewordene sexuelle Beziehung zwischen einer jungen Frau und ihrem Vater auf die Lektüre vermeintlich demoralisierender »Schandliteratur« zurück.

Die überaus konzise Zusammenfassung von Joel F. Harrington als ausgewiesenem Experten auf dem Gebiet frühneuzeitlicher Sozialgeschichte der Familie hebt noch einmal abschließend hervor, dass die gesellschaftlichen Konzepte von Ehe und Partnerschaft in der Frühen Neuzeit (auch nach der Reformation) einem stetigen Wandel unterlagen. Diese Einsicht ist nicht zuletzt auch der Kohärenz des Bandes geschuldet: Alle

Beiträge sind sorgfältig recherchierte und quellenintensive Einzelstudien, die sich mit der frühneuzeitlichen Ehe und Sexualität im Spannungsfeld von Devianz und Norm auseinandersetzen und dabei oftmals wissenschaftliches Neuland betreten. Sie untersuchen nicht nur die spezifischen Formen und Wahrnehmungskontexte normabweichender Partnerschaftsmodelle, sondern wenden sich oftmals auch der Frage zu, unter welchen Voraussetzungen und auf welche Weise »deviante« Ehepartner in ein »normkonformes« soziales Umfeld integriert wurden. Mit dieser Perspektive bietet der Band mehrere Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen, etwa zur Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit Phänomenen der bi-nationalen Ehe im 19. Jahrhundert. In puncto Aufbau, Kohärenz und Innovation ist der Sammelband daher als vorbildlich zu bezeichnen.

IRIS FLESSENKÄMPER (MÜNSTER)

■ Mikrogeschichte der Macht im östlichen Ungarn im 18. Jahrhundert

András Vári/Judit Pál/Stefan Brakensiek, Herrschaft an der Grenze. Mikrogeschichte der Macht im östlichen Ungarn im 18. Jahrhundert (Adelswelten; Bd. 2), Köln/Weimar/Wien (Böhlau) 2014, 397 S., 30 Abb., 49,90 €

Das Wort Grenze könnte in vieler Hinsicht als Leitwort des Buches von András Vári, Judit Pál und Stefan Brakensiek bezeichnet werden. Die verschiedenen Grenzen, die im Buch präsent sind, treten mal ordnend und trennend, mal verbindend auf. Sie weisen nicht nur auf die Grenzlage des untersuchten Gebietes in einem habsburgisch-osmanisch-siebenbürgischen Dreieck am Ende des 17. Jahrhunderts hin, sondern auch auf die Grenzen und Schwierigkeiten der Herrschaftsvermittlung an der Peripherie und auf die Positionen der lokalen Herrschaft, deren Vertreter sich an der Grenze zur Moderne im

Laufe des 18. Jahrhunderts zunehmend zum Machtzentrum orientierten.

Herrschaft an der Grenze ist aus einer Zusammenarbeit dreier HistorikerInnen aus Ungarn, Rumänien und Deutschland entstanden. Die Studie arbeitet damit an der Grenze mehrerer historiografischer Traditionen, vereint diese, macht aber ihre Unterschiede durchaus sichtbar. Die Zuordnung der einzelnen Kapitel zu den drei AutorInnen des Buches ist möglich, der Band ist aber als Monografie konzipiert. Er ist als ein Ergebnis des zwischen 2002 und 2005 durchgeführten Projekts »Frühneuzeitliche Institutionen in ihrem sozialen Kontext – Praktiken lokaler Politik, Justiz und Verwaltung im internationalen Vergleich« erschienen.

Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage nach dem Wandel der Formen von Herrschaftsausübung im ungarischen Komitat Szatmár im Laufe des 18. Jahrhunderts. Den AutorInnen gelingt es, den Übergang von einer ständisch stratifizierten zu einer »modernen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaft« aus der Nähe zu betrachten, indem sie Redeweisen und Verhaltensformen der historischen Akteure untersuchen. Allerdings kommen in der Untersuchung durchaus auch system- und modernisierungstheoretische Aspekte zum Vorschein, auch wenn durch die Betonung der *agency* historischer Akteure eigentlich eine handlungszentrierte Analyse der Herrschaftsbeziehungen angestrebt wird.

Um den »Wandel der Abhängigkeitsverhältnisse unter ungleichen Akteuren« rekonstruieren zu können, verwenden die AutorInnen Klientelismuskonzepte und beschreiben die Machtverhältnisse zwischen Herren und Dienern, Patronen und Klienten, Magnaten (Aristokraten) und mittleren oder Kleinadligen als wichtige Klientelnetzwerke, durch die letztlich Herrschaft organisiert wird. Im Ergebnis wird deutlich, dass sowohl die Patrone als auch ihre Klienten in ihrem Handeln die Spielräume oft über gängige Grenzen hinaus ausnutzten, dabei nach den ihnen bekannten Handlungsmustern

agierten und dadurch den ständigen Wandel der Herrschaft und ihrer Legitimationsstrategien ermöglichten oder auch erzwangen. Um den Wandel der Machtverhältnisse am Ende des 18. Jahrhunderts zu analysieren, wird das Konzept der vermittelten Herrschaft verwendet. Es zeigt, wie sich die kleinadligen Diener in Abwesenheit der Magnaten lokale Herrschaftsräume aneigneten. Als methodische Grundlage für die Analyse der Herrschaftsverhältnisse wird die im Buchtitel angedeutete mikrohistorische Herangehensweise nur in einzelnen Teilstudien erkennbar, kommt aber nicht durchgehend zur Anwendung.

Der Gegenstand der Untersuchung ist das Komitat Szatmár am Rande des vormaligen osmanischen Herrschaftsgebietes im nordöstlichen Ungarn, an der Grenze zu Siebenbürgen (heute geteilt zwischen Rumänien und Ungarn). Im 18. Jahrhundert war die Familie Károlyi das politisch bedeutendste Geschlecht des Komitats, hatte mit Abstand den größten Grundbesitz und dadurch den größten Einfluss. Als Quellengrundlage nutzen die AutorInnen in erster Linie den Briefwechsel der Mitglieder der Familie Károlyi in vier Generationen von Sándor Károlyi (1699–1743) bis József Károlyi (1768–1803), ergänzt durch Tagebücher, Gutsverwaltungsbücher, Protokolle und Akten des Komitats Szatmár und des Magistrats der Stadt Szatmárnémeti. Der enorme Quellenkorpus wird akribisch analysiert, die Fülle an verwendetem Quellenmaterial beeindruckt durchgehend. Leider ist die für das damalige Ungarn charakteristische sprachliche Vielfalt im Buch nicht wiederzufinden, die Briefe werden immer nur in deutscher Übersetzung zitiert.

Der Hauptteil des Buches fängt mit einem ausführlichen Überblick über die verwaltungs- und sozialgeschichtlichen Kontexte in Ungarn und besonders im Komitat Szatmár an. Eine solche detaillierte Zusammenfassung über die wichtigsten Institutionen im Ungarn des 18. Jahrhunderts war in deutscher Sprache bisher kaum

zu finden. Daraufaufgehend, von einer klassischen (agnatischen) Abstammungsdarstellung der Familie Károlyi eingeführt, liefern die AutorInnen eingehend ausgearbeitete, in lokale Zusammenhänge eingebettete, überwiegend sozialhistorische Analysen der Verwaltung, durch die es möglich ist, die Handlungsstrategien mehrerer Generationen von Patronen und Klienten zu beleuchten. Im dritten und vierten Kapitel werden die Entstehung und das Funktionieren der Patron-Klient(en)-Beziehungen in einer Zeit erläutert, in der Herrschaftsverwaltung als bürokratisches Verfahren kaum existierte. Die Klienten Sándor Károlyis erledigten verschiedene Aufgaben, ihre Funktionen im Komitat waren von dem Dienst im Auftrag des Magnaten nicht getrennt, was in einigen Fällen auch zur Entwicklung doppelter Loyalitäten führen konnte.

Das fünfte Kapitel beschäftigt sich mit der Lage der Stadt Szatmárnémeti und ihrer Beziehung zu der Magnatenfamilie Károlyi und deren Klienten sowie mit den Würdenträgern des Komitats Szatmár. Den AutorInnen gelingt es, ein Bild der komplexen Netzwerke des Wiener Hofes, der Preßburger Zentralbehörden und der Szatmärer Komitatsämter zu zeichnen, in deren Gewebe sich die Vertreter der Stadt zurechtfinden mussten, um die städtischen Privilegien erhalten und bewahren zu können. So wird eine Verwaltungspraxis sichtbar, die nicht nach klaren Zuständigkeiten und Regeln agierte, und in der, so schien es den Beteiligten, nur die *discretio*, die Vergabe von Schmiergeldern, zum Erfolg führen konnte.

Im darauffolgenden sechsten Kapitel wird in einer mikrohistorisch angelegten Untersuchung eine weitere Art der Klientelbeziehung aufgezeigt. Der hier facettenreich vorgestellte Gábor Erős agierte als Kameralbeamter (Steuereintreiber und Hofrichter der königlichen Fiskalgüter) in Szatmárnémeti. Die Analyse zeigt, dass Erős trotz seiner Beamtenstellung und der daraus folgenden Position eines Vertreters der königlichen Herrschaft vor Ort im Klientelkreis

des Grafen Károlyi blieb, von dem das lokale Machtgefüge stark dominiert wurde.

Nach einer überwiegend wirtschaftshistorisch angelegten Analyse der Komitatsbürokratie im 18. Jahrhundert stellen die AutorInnen in den letzten drei Kapiteln des Buches einzelne Klienten der Károlyis in den Mittelpunkt und versuchen den Wandel in den Herrschaftsbeziehungen aufzuzeigen. Bei ihrer Darstellung gehen sie konsequent von der Tätigkeit der Bediensteten und Verwalter der Károlyi-Güter aus. Sie zeigen, dass im Komitat die Machtverhältnisse auf den Privilegien des Adels, dem praxisbezogenen Funktionieren der Verwaltung und auf dem tradierten Wissen über die lokalen Verhältnisse basierten. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begannen einzelne Gutsverwalter, Ideen der kameralistischen Wirtschaftspolitik und der französischen Aufklärung in der eigenen lokalen Umgebung zu vertreten und ihre Machtposition dadurch zu legitimieren. Eine solche Aneignung des Sprachgebrauchs der Frühaufklärung und dessen Verwendung bei der Erklärung und Lenkung lokaler Verhältnisse öffnete den Komitatsbeamten (und zugleich Károlyi-Klienten) viele Wege für die Stärkung ihrer eigenen Stellung, was auch zum Ausbau intermediärer Herrschaft in Abwesenheit der Magnaten führen konnte. Sowohl gegenüber ihren Patronen als auch bei der Führung der Komitatsgeschäfte versuchten sie, ihre Macht mit wissenschaftlich fundierten Argumenten und mit Verweis auf den Dienst am Gemeinwohl, *meritum*, zu legitimieren.

Das Buch will aus den in der Geschichtsschreibung über Ostmitteleuropa weit verbreiteten Schemata ausbrechen, die diese Region als ein Gebiet verspäteter Entwicklungen sehen, mit verzögerter (bürgerlicher) Aufklärung. Es plädiert für eine Auffassung, in der diese Entwicklungen durchaus präsent sind, nur mit anderen gesellschaftlichen Rollenbildern aufgefüllt scheinen. Wie aus vielen (ostmittel-)europäischen Kontexten bekannt, erfolgte die Bürokratisierung und die Entstehung des Staatsapparats hier in

erster Linie nicht aus dem Zentrum, sondern eher durch die Anbindung lokaler Eliten und der existierenden lokalen Verwaltung an die Zentrale. So zeichnet die Studie mit der detailreichen Beschreibung der sozialen, politischen und ökonomischen Kontexte lokaler Herrschaft auch die Entwicklung von Klienten zu Intellektuellen nach, die Träger der Revolution von 1848/49 wurden.

Durch das Klientelnarrativ bleibt die Erzählung aber mitunter in (vorgeschriebenen und sich entwickelnden) Rollenbildern gefangen, die *agency* der Akteure wird damit häufig verdeckt, die möglichen Wege und Netzwerke bleiben unsichtbar. Diese Ambivalenz ist wohl nicht zuletzt zurückzuführen auf die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der Frühneuzeitforschung in den verschiedenen Ländern, die den gesamten Band durchziehen. Im Endergebnis führt aber gerade dieses »Balancieren« zwischen verschiedenen Ländern, methodischen Zugängen und Historiografien zu weiterführenden Ergebnissen »an der Grenze«.

ATTILA MAGYAR (HANNOVER)

■ Kommunikation im Spannungsfeld von Sprachen und Kulturen

Claudie Paye, »Der französischen Sprache mächtig«. Kommunikation im Spannungsfeld von Sprachen und Kulturen im Königreich Westphalen 1807–1813 (Pariser Historische Studien; Bd. 100), München (Oldenbourg) 2013, 600 S., 64,80 €

Das Königreich Westphalen ist trotz seines kurzen Bestehens ein Forschungsfeld von besonderer Relevanz. Das Staatsgebilde fußte auf keinerlei tradiertem Vorläufer, und mit den Befreiungskriegen war sein Bestehen 1813 nach nur sieben Jahren wieder Geschichte. Nicht zuletzt aufgrund seines engen zeitlichen Rahmens eignet sich der Modellstaat als Laboratorium für Forschungen über eine Gesellschaft, die sich an der

Schwelle zur Moderne mit mannigfachen Umwälzungen konfrontiert sah. Hier wurde quasi im Zeitraffer in einem revolutionären Akt von außen durch die Implementierung einer staatsbürgerlichen Verfassung das Ende der überkommenen Ständegesellschaft eingeläutet. Das Königreich Westphalen wurde dennoch lange übersehen, jedenfalls wenn die Forschung über normative Verfassungsfragen hinausging. Mit der Hinwendung zur Kulturgeschichte werden nun die den französischen Filialstaaten innewohnenden Modernisierungspotenziale vermehrt in den Blick genommen und die konkreten gesellschaftlichen Ausgestaltungen der revolutionären Reformbewegung untersucht.

Im Zuge einer neuen Rheinbundforschung hat Claudie Paye für ihre Dissertation das Königreich Westphalen ausgewählt, um unter kommunikationswissenschaftlicher Perspektive die deutsch-französische Sprachenfrage zu behandeln. Ausgehend von der westphälischen Sprachpolitik hat sie die Sprachanwendung als einen Bestandteil der sozialen Praxis in der westphälischen Alltagswelt analysiert. Ihre Problemstellung ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung: Die Gründung des Königreichs Westphalen war ein Akt »von außen«, was erwartungsgemäß entscheidenden Einfluss auf die Kommunikation mit den staatlichen Institutionen und deren Akteuren hatte. Daraus ergibt sich die Frage, welche Vorteile die Beherrschung der französischen Sprache brachte. Wer trat als Vermittler zwischen der Bevölkerung und einer schmalen französisch sprechenden Funktionselite auf? In welcher Weise wurde beiderseits die Mehrsprachigkeit als Kommunikationshemmnis empfunden, dem durch Spracherwerb entgegenzusteuern war? Und welche Auswirkungen hatte dies für die Politisierung der Bevölkerung?

Relevant sind solche Sprachenfragen, weil sich daran Aussagen zum Charakter des Königreichs Westphalen ableiten lassen: Ein oktroyierter Sprachgebrauch hätte den Status als französischer Vasallenstaat verschärft, eine freiwillige Adaption der fremden Sprache

durch die Bevölkerung kann hingegen als Akzeptanz der Herrschaftsverhältnisse gedeutet werden. Die Kommunikationserwartungen und die Sprachpraxis dienen damit als Faktoren zur Auslotung von Nähe und Distanz der westphälischen Bevölkerung zu dem um eine eigene »westphälische« nationale Identität ringenden jungen Staat, dem es auch um eine Abgrenzung zu Frankreich ging.

Paye betrachtet die Sprachproblematik in einem Dreischritt: Zunächst stellt sie die normative Seite, die Sprachpolitik vor. Anschließend untersucht sie die vielschichtigen Realitäten der Kommunikation anhand von Übersetzungspraktiken, Spracherwerb, Bittschriften, Karikaturen und symbolischen Zeichen. Schließlich wendet sie sich der Wahrnehmungsebene zu und nimmt das Sprachbewusstsein und die Sprachbarrieren in den Blick. Für ihre Untersuchung stützt sie sich auf eine reichhaltige Quellenbasis. Sie bezieht zeitgenössische Druckschriften und juristische Publikationen ebenso wie Unterrichtsmaterialien mit ein. Die von ihr analysierte amtliche Überlieferung entstammt den unterschiedlichsten bürokratischen Hierarchien und bildet damit das gesamte staatliche Gefüge exemplarisch ab: Neben den Beständen der westphälischen Zentralbehörden im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin) hat Paye Akten einzelner Departementsverwaltungen untersucht und die Überlieferung der Stadt Magdeburg hinzugezogen. Mit der Auswertung von Unterlagen der Hohen Polizei, die sich schwer zugänglich in der Russischen Nationalbibliothek in St. Petersburg befinden, hat sie einen bislang untererforschten Quellenschatz gehoben.

Paye lotet das kommunikative Spektrum neu aus und macht neben der Schriftlichkeit die Mündlichkeit, das Visuelle und die Handlungsebene als Faktoren von Interaktion aus. Durch die Einbeziehung des Außersprachlichen, von Symbolen und bildlichen Zeugnissen, betont Paye die Multimedialität als Strategie in einer von Zensur beeinträchtigten Kommunikation. Aufgrund des Misstrauens gegenüber der offiziellen Infor-

mationspolitik entwickelten sich in der westphälischen Gesellschaft unabhängige Strategien der Nachrichtenbeschaffung, was Paye als Anwachsen eines kritischen Bewusstseins und als Politisierung der Bevölkerung deutet. Diese Entwicklungen seien weniger Folgen zielgerichteten Handelns, als dass sie sich »über die unterschwellige Anregung zur kritischen Gegenlektüre alter und neuer Medien« herausbildeten. Politische Informationen verbreiteten sich, so ihre Beobachtung, unabhängig vom Standesbewusstsein über soziale Grenzen hinweg.

Bezüglich der Sprachpolitik stellt Paye heraus, dass Französisch zwar offiziell Amtssprache war und in der Kommunikation mit der Regierungsebene angewendet wurde, seine Forcierung außerhalb der höchsten administrativen Ebene aber unterblieb. Obwohl von staatlicher Seite also weitgehende »Sprachtooleranz« herrschte, kann Paye eine bemerkenswerte Eigeninitiative des Spracherwerbs ausmachen: Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung erlernte die französische Sprache und erhoffte sich davon Vorteile in Bezug auf die gesellschaftliche Partizipation sowie für einen sozialen Aufstieg. Konflikte im deutsch-französischen Kontakt seien, so Paye, »weniger ein sprachliches als ein kulturelles Verständigungsproblem« gewesen. Dennoch hebt Paye den politischen Charakter von Kommunikation hervor und stellt fest, dass die »Beherrschung der französischen Sprache in bestimmten Kontexten [...] Teil einer entscheidenden Machtfrage« war.

Paye hat ihr Untersuchungsfeld weit abgesteckt und zuweilen ereilt die Leserin die Sorge, dass der rote Faden zwischen den Leitfragen und der Darstellung der vielschichtigen Alltagswelt verloren gehen könnte. Doch gelingt es der Autorin, die Komplexität des Quellenmaterials und der unterschiedlichen Analyseebenen so zu systematisieren, dass jedes der Kapitel eigenen Erkenntnisgewinn bringt. Allerdings durchbricht die Streichung des Kapitels der Dissertationsschrift zum »Gerücht« und zum »Brief« – und damit eines Kapitels, das we-

sentliche Teile der mündlichen und nicht-staatlichen Kommunikation beschreibt – die ansonsten überzeugende Argumentationskette. Das Angebot, dieses Kapitel in einer Internetpräsentation nachzulesen, überzeugt wenig. Der überaus gründliche Anmerkungsapparat verweist auf eine intensive Analyse des gedruckten wie ungedruckten Quellenmaterials und eine lückenlose Rezeption der aktuellen Forschungsliteratur. Sorgfältige Register zu Personen, Orten und Sachbetreffen runden die Arbeit ab.

Fazit: Payes Untersuchung der Sprache und Kommunikation im Königreich Westphalen bietet Einsichten zum deutsch-französischen Kulturkontakt zwischen revolutionärer Erneuerung und Manifestation von Herrschaftsstrukturen. Sprachfähigkeit beförderte Machtzuwachs, sie war aber keine Grundbedingung für ein funktionierendes Staatsgefüge. Mehrsprachigkeit widersprach nicht dem Verständnis des Königreichs Westphalen als Nation. Von weitreichender Bedeutung war die Ausbildung eines politischen Bewusstseins im Zuge der neuen, verdichteten Kommunikationserfahrungen. Schließlich – und das ist der besondere Verdienst dieser Arbeit – belegt die Untersuchung einmal mehr, zu welchen Anpassungsleistungen Gesellschaften an der Schwelle zur Moderne fähig waren. Somit weist die Arbeit über ihren regionalen, aber auch über ihren zeitlichen Zuschnitt hinaus.

BÄRBEL SUNDERBRINK (BIELEFELD)

■ Geschichten des Kapitalismus

Laurence Fontaine, Le Marché. Histoire et usages d'une conquête sociale, Paris (Éditions Gallimard) 2014, 464 S., 22,90 €

Jürgen Kocka, Geschichte des Kapitalismus, München (C. H. Beck) 2013, 144 S., 8,95 €

Eight years after the event, the economic crisis of 2008 has proven hard to move past. National economies have continued

to perform sluggishly, despite astonishingly low interest rates. Investment capital has remained conservative, constraining economic growth. Unemployment rates have clung to double-digit levels in too many developed economies, contributing to increased disparities of wealth and divisions in society. Consumption levels have stayed low in consequence, completing what begins to seem a vicious and, worse still, inescapable circle. Critics of »open markets« have crowded the media, provoking defenders of the same to respond in kind, and politicians have quickly followed suit with promises of policies that will, depending on their »liberal« inclinations, free or constrain the moloch of modern capitalism.

Scholars have joined the debate, offering an astonishing volume of intellectual, in some instances scientific analyses from a variety of disciplinary perspectives. To offer a single, crude metric, Google Scholar lists 849,000 »hits« on the word »capitalism« for the period 2000–2007; that number rises to 1,510,000 for the period 2008–2016. Among the more famous (and controversial) of these is Thomas Picketty's *Capital in the Twenty-first Century* (2014), which argues among other things that inequality, considered in terms of disparities of wealth, is an intrinsic characteristic of capitalism, because rates of capital return consistently outstrip those of economic growth in developed countries. To ameliorate the situation, the book calls for the eradication neither of capitalism, nor of inequality, an aspect of Picketty's thought that some commentators miss, but rather for the redistribution of wealth through a progressive global tax on it. Reactions have proven both swift and varied, distributing themselves unsurprisingly along a political spectrum with the left largely embracing the redistributive, regulative thrust of the work's prescriptions and the right, perhaps too aware of the author's socialist engagements and too inattentive to the real thrust of his argument, rejecting the inevitability of inequality.

I mention Picketty's work, not because it is the only worthwhile examination of capitalism and its discontents in recent years, though I must admit that few to my knowledge have garnered so much attention, but rather because it articulated and emphasized through massive statistical analysis two central themes of the broader discussion: the growth of economic inequality; and the necessity of economic regulation. On the one hand, authors of many disciplines and persuasions have turned an increasingly critical eye toward that truism of capitalism that it has historically created the greatest good for the greatest number. On the other hand, they have considered anxiously what might be done to prevent its periodic crashes and perceived short-comings.

Recent works by Laurence Fontaine and Jürgen Kocka fit neatly into this larger pattern. Both are celebrated experts in their fields: Fontaine, *Directrice de recherche* at the Centre National de la Recherche Scientifique and the École des Hautes Études en Sciences Sociales at Paris, has written many important books on the commercial economy of late medieval and early modern Europe; Kocka, *emeritierter Professor* at the Freie Universität Berlin as well as Permanent Fellow of the Internationales Geisteswissenschaftliches Kolleg »Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive« at the Humboldt-Universität of Berlin and Senior Fellow at the Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, has contributed substantially to our understanding of industrial capitalism and bourgeois society in modern Europe. Both have built careers on well documented, closely argued studies of economic and social life in the past: Fontaine's work on itinerant peddlers is considered by many to be a classic of early modern economic history; Kocka's study of corporate management helped define the historical interpretation of German industrialization. Accordingly, both possess the learning to reflect on the historical phenomenon of capitalism. So I understand both of the books under con-

sideration; *Le marché*, and the *Geschichte des Kapitalismus*, their titles notwithstanding, offer meditations on rather than analyses of capitalism over time.

Yet, the results strike me as disappointingly uncritical. Neither work relies on large-scale statistical analyses or detail-oriented archival research. Fontaine's book turns on an unsystematic collection of anecdotes; Kocka's synthesizes the published works of scholars. Both books conclude with unabashed defenses of modern capitalism. It has, so they argue in unison, created greater prosperity for a greater proportion of the world's population than any other socioeconomic system of which we have historical knowledge. It has, according to Fontaine, especially benefitted marginal groups, such as women and minorities, to whom it has provided unprecedented opportunities for earning and advancing, and it has strengthened democratic institutions through the identification of economic and political life. It needs, so both contend, acknowledging past and present failures, only appropriate regulation to perfect it.

Before turning to a closer consideration of their respective studies, we need first to be clear about their subject matter. Fontaine leaves the reader guessing, at least initially. Whereas she writes consistently of »the market«, it becomes in her hands a vague socioeconomic institution. It is both locus of and force for change from an imagined, premodern economy of social status, dominated by orders and corporations that possessed specific privileges, to an idealized, modern economy of open markets, oriented toward the pursuit of profit through the disposal of private property. It blurs thus the apt distinction between markets, those abstract spaces where supply and demand set the price for goods and services, and marketplaces, those physical places where seller and buyer exchange goods and services. In consequence, capitalism emerges anonymously as merely the untrammelled pursuit of profit through the disposal of private property.

By contrast, Kocka leaves little doubt. He assumes the existence of markets that are intrinsic to, not identical with, the system. His is a standard history of capitalism, which he defines at the outset in standard terms: private property and decentralized decision-making; commodification of resources and coordination via markets; existence of capital and availability of credit. Once these characteristics exist, so does capitalism. Its accidents may change, to borrow Aristotle's terminology, according to ephemeral social or technological circumstances, without affecting its substance. Neither author sees capitalism as fundamentally a process of using capital to build capital and, accordingly, consonant with, but also conditioned by, any economic system, whether agricultural, commercial, industrial or financial. Fontaine examines a human organization that mirrors human society, but interprets it according to abstract generalities; Kocka traces the history of an ideal type, something only superficially subject to differences over time and space.

Given that they see capitalism as a historical phenomenon, coming into being at a specific point in time and in response to specific circumstances, both authors construct their narratives around stage-theories. Though Fontaine claims no clear transition in the eighteenth or nineteenth centuries, no rupture in the sense of Polanyi between market and society and no fusion à la Braudel of market and capitalism, she nonetheless claims to spy a wide gulf, marked by the incompatibility of a precapitalistic economy based on social status with a capitalistic one based on open markets, between ill-defined early modern and modern periods. She seems to suggest a gradual, seamless process by which closely guarded status and privilege yield to unrestricted initiative and profit. It is the Smithian vision triumphant. Kocka draws upon other sources of inspiration. He repeats as fact in need of no further consideration a chronology that has served as standard stuff for many economic historians since Karl Marx. Max Weber and Joseph

Schumpeter transformed it from theory to canon. Capitalism or capitalistic practices emerged in Europe around the twelfth century – far earlier in East and South Asia – among long-distance, wholesale traders. The impact on society remained limited until the sixteenth century, when global expansion prompted the creation of new organizational forms, specifically joint-stock companies and commodity exchanges, that exposed more and more of the global population to international market impulses. That the effects of capitalism were negative for a large portion of the world's population became clear with the transition from mercantile to industrial capitalism, which brought the worst abuses home in the late-eighteenth and nineteenth centuries, and the attempts to address these through political legislation and regulation. For both authors, capitalism came into being at a specific point in time and in response to specific circumstances, albeit it at different points and under different circumstances.

Unfortunately, most stage theories fall victim to their own teleologies. These are no exceptions. Fontaine and Kocka cling to traditional histories of political economy that adopt the chronology supplied by modernization theory. According to them, step by step, patronage and privilege yielded to opportunity and initiative; states moved from protecting status rights based on corporative membership to upholding civil rights based on individual citizenship; proprietary, familial forms of capitalism were replaced by corporate, managerial ones. Both histories adopt without apparent reflection or hesitation, the tired dichotomy of premodern versus modern, precapitalist versus capitalist. They do not argue in terms of contingency or complexity; they do not credit the existence or persistence of economic structures and practices beyond the historical periods and places of which they were supposedly characteristic. This raises questions that neither can answer. How do we explain evidence for the existence of capitalistic practices – and

quite probably of capitalistic organizations – before the first millennium BCE, such as the prohibitions against usurious lending and futures trading found in the Hebrew Bible?

Capitalism, in one form or another, may be as old as settled human communities themselves, begging historians to consider not when it came into existence, but how it changes shape. How do we explain the resort to particular structures or forms of economic life at points in time that stage-theorists would insist are inappropriate? Family-run businesses, to take a single example, far from being an organizational form unfit for the financial and managerial demands of modern, global, economic life, still comprise 35 percent of the 500 largest US corporations by total revenue and generate 64 percent of US gross domestic product in the twenty-first century; and such supposedly modern, global innovations as joint-stock companies and commodity exchanges were by no means unknown in the fifteenth or even the fourteenth. How do we explain the clear, archival evidence that profit-seeking is not limited to modern, capitalistic orientations, any more than rent-seeking uniquely characterizes precapitalistic behavior? At the very least, Fontaine and Kocka might consider what practical differences exist between a global economy of yesterday, dominated by socially privileged, state-sponsored companies, and a global economy of today, dominated by legally protected, monopoly-seeking multinationals. Both authors present capitalism in terms of its purposes, which they describe as opportunity, prosperity and freedom. In the process of doing so, they tend to overdraw – indeed, their arguments depend upon – the oppositions between precapitalistic and capitalistic and to romanticize the advantages of the modern.

In fairness, neither author ignores the ruptures and rapaciousness of the world economy in the nineteenth and twentieth centuries. Kocka devotes an entire chapter to the problems raised by industrial capitalism, which he presents in terms of periods

of more or less intense efforts on the part of states to mitigate its worst effects through regulation. This discussion functions more or less mechanically, however, overlooking the evident failures of regulation and the on-going debates as to how best to steer a capitalist economy. Fontaine is no less aware of the failures of capitalism, of the market. Like Kocka, she notes the market dependence of workers caught up in a network of global production and consumption, but where he sees the commodification and expropriation of their labor, she sees new opportunities for prosperity, consumption and equality, especially for women and minorities. That mean salaries for both groups lag well behind those for white men in nearly all industrialized countries, that women did not receive the right to vote until 1918 in Britain, 1920 in the US and 1971 in Switzerland, long after capitalism had conferred such gifts as it has to give to working women in those countries, suggests that the easy identification of capitalistic virtues with democratic institutions requires extensive qualification.

Picketty has little to say about the laboring poor, those persons to whom capitalism, so Fontaine, supposedly offers the greatest benefits. Neither, as it happens, do Fontaine and Kocka. They repeat the by now patent nostrum of the greatest good for the greatest number, warning implicitly that critics of capitalism risk throwing the baby out with the bathwater. They offer no evidence to support their common assumption; it is doubtful whether such evidence exists. They do not address in any consistent, disciplined manner Marx's by now familiar objection that capitalism systematically expropriates the poor, raising their household incomes, perhaps, but not their living standards, creating prosperity for some, but not justice for all. Nor do they take up Weber's objection that capitalism excretes a cultural corrosive that dissolves notions of the common good in favor of individual gain. Is the child who earns one dollar a day sewing tennis shoes truly better

off, relative to the head of her multinational who books one hundred million a year, while the value of their common company declines? Fontaine and Kocka ask their readers to believe – I use the word advisedly because they hold it to be self-evident, offer no evidence upon which to base knowledge – that effective regulation will do it.

But will it? A quick look at the history of regulation might suggest few real successes over time, because such efforts remain situational, bound by the structures and practices of capitalism as they exist in a particular time and place. Being essentially piece-meal and largely reactive, state efforts to control economic life tend historically to limp behind the aggressive opportunism and innovativeness of market capitalism. Perhaps a rethinking is more in order.

It is certainly unjust to compare brief – in Kocka's case, very brief – meditations on capitalism with ambitious, empirical studies of it. Nor is it fair to expect of them detailed explorations of all aspects of the problem. That is not my intention. Fontaine and Kocka deserve great credit for writing provocative reflections on one of the great issues of modern time.

Those reflections need to rise above repeated clichés and trite apologetics, however. They need to balance the evident goods of capitalism – its capacity to reward innovation and initiative, its capacity to produce more and better goods and services, its capacity to generate greater prosperity for a greater proportion of people – against its no less evident evils – its inability to manage public resources, its indifference to questions of public good, its capacity to destroy society through tremendous divisions of wealth and power. Such a balanced, thoughtful discussion might, in my opinion, offer some indication, not only how to steer capitalism, but also in what direction. The lessons of 2008 have not yet been learned, despite ardent debate; these two books add to the cacophony without lending sense to it.

THOMAS MAX SAFLEY (PHILADELPHIA)

■ Universität und ›Volksgemeinschaft‹ im Ersten Weltkrieg

Trude Maurer, »... und wir gehören auch dazu«. *Universität und ›Volksgemeinschaft‹ im Ersten Weltkrieg*, 2 Bde., Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2015, XXIV und 1214 S., 5 Tab., 130 € (E-book 110 €)

Auf dem Buchdeckel des ersten Bandes von Trude Maurers zweibändiger Studie über *Universität und ›Volksgemeinschaft‹ im Ersten Weltkrieg* ist ein Gruppenfoto zu sehen, das den Gießener Altphilologen, Volkskundler und Bibliothekar Hugo Hepding 1915 als Unteroffizier inmitten seiner »Kameraden« vor einem Unterstand an der Front zeigt. Bereits dieses Bild lässt einige Aufschlüsse über das Selbstverständnis von Gelehrten wie Hugo Hepding in einer für sie außergewöhnlichen Situation zu, zumal, wenn man es in Beziehung zu der Abbildung setzt, die die Autorin als Umschlagbild für den zweiten Band gewählt hat. Es handelt sich dabei um die Fotografie einer akademischen Feier anlässlich des »Kaisergeburtstages« 1916, aufgenommen in der Aula der Berliner Universität. Der Gegensatz könnte nicht größer sein. Hier ein in seiner Uniform unsicher wirkender, fast in sich zusammengesunkener Gelehrter; dort die versammelte, sich selbstbewusst präsentierende Berliner Professorenschaft. Mit den beiden Fotografien sind zwei Handlungsräume markiert, die paradigmatisch für die unterschiedlichen Rollen stehen, in die der Erste Weltkrieg die Universitäten und ihre Angehörigen gestellt hatte: wissenschaftsfern und weitgehend neu die eine, vertraut und fest etabliert in Wissenschaftsbetrieb und Gesellschaft die andere. Denn selbstverständlich zählte sich insbesondere die Berliner Professorenschaft im Kaiserreich zum gesellschaftlichen Establishment – und wurde auch so wahrgenommen. Schon im Deutsch-Französischen Krieg hatte der Physiologe Emil Du Bois-Reymond 1870 die Berliner Universität als »geistige[s]

Leibregiment der Hohenzollern« in Stellung gebracht. Verhielt es sich mehr als vierzig Jahre und einen Krieg später anders?

Der Frage, ob die deutschen Universitäten und die an ihnen lehrenden und forschenden Männer – und wenigen Frauen – auch im Ersten Weltkrieg zur Kriegsgesellschaft gehörten beziehungsweise Teil einer wie auch immer definierten »Volksgemeinschaft« waren, widmet sich die umfangreiche Studie, die Trude Maurer vorgelegt hat. Die Historikerin unternimmt dabei den Versuch, den Kriegseinsatz von Gelehrten und Studenten sowie dessen Rückwirkungen auf die Universitäten, insbesondere auf ihren Lehr- und Forschungsbetrieb, aber auch auf deren strukturelle Verfasstheit zu untersuchen. Sie tut dies exemplarisch anhand dreier Fallbeispiele, die jeweils für einen bestimmten Typus von Universität stehen: erstens für die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, als Hauptstadt- und Metropolenuniversität die größte und wichtigste Hochschule des Deutschen Reiches; zweitens für die 1872 neu gegründete Straßburger Kaiser-Wilhelms-Universität, der auf Grund ihrer Grenzlage vor und nach 1914 eine wichtige kulturpolitische Bedeutung zukam, die aber auch als Reformuniversität galt; sowie schließlich drittens für die Ludwigs-Universität in Gießen, eine eher durchschnittliche kleine Provinz- und Durchgangsuniversität.

Trude Maurer geht in ihrer Studie von einem Universitätsbegriff aus, der die *universitas* als eine »stände- und konfessionsübergreifende Gemeinschaft«, als einen Personenverband mit einem durchaus elitären Selbstbewusstsein versteht. Entsprechend ihrer Prämisse, die Geschichte der Universitäten zwischen 1914 und 1918 aus einer konsequent gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive zu erzählen, interessiert sie vor allem, wie sich das Verhältnis von inneren und äußeren Einflussfaktoren in den Kriegsjahren veränderte. Es verwundert allerdings, warum sie sich dabei für den zwar im Ersten Weltkrieg entstandenen und vielfach strapazierten, von Anfang an aber nicht unumstrittenen Begriff

der »Volksgemeinschaft« – und nicht etwa den der »Kriegsgesellschaft« – entschieden hat, ohne dies eingehender zu problematisieren. Das gilt in gleicher Weise für den Begriff des »Volksheeres«, der zwar als euphemistische Selbstbeschreibung zeitgenössisch eine Wiederbelebung erfuhr, für die kritische Beschreibung von Struktur und Verfasstheit des deutschen Heeres im Ersten Weltkrieg jedoch nur bedingt tauglich ist.

Ungeachtet solcher Einwände ist die Arbeit dennoch sehr verdienstvoll. Allein schon die Tatsache, dass das Thema Universität und Erster Weltkrieg hier einer so gründlichen und detailreichen Behandlung unterzogen wird, verdient gewürdigt zu werden. Denn obgleich die allgemeine Universitätsgeschichtsschreibung auf der einen und die Forschung zum Ersten Weltkrieg auf der anderen Seite in den letzten Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen haben, ist die Geschichte von Universitäten, Hochschulen oder anderen Wissenschaftseinrichtungen zwischen 1914 und 1918 sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein, wie es Trude Maurer zu Recht nennt, »vernachlässigtes Forschungsthema« geblieben. Themenwahl, Schwerpunktsetzung und Gliederung des Werkes tragen den neueren Entwicklungen der Universitätsgeschichtsschreibung Rechnung. Das Werk umfasst fünf große Hauptkapitel, die wiederum jeweils in eine Reihe von kürzeren Unterkapiteln gegliedert sind. Die Autorin behandelt dabei aber nicht nur die traditionell gut beforschten oder erwartbaren Teilaspekte des Themas, wie etwa binnenuniversitäre Strukturen, Fragen von Forschung und Lehre im Krieg, die sich verändernden Arbeitsbeziehungen, die verschiedenen Artikulationen des akademischen Selbstverständnisses, das mitunter komplizierte Verhältnis von nationalem Selbstverständnis der Gelehrten und der Internationalisierung des Wissenschaftsbetriebs oder die Stellung einzelner Statusgruppen innerhalb der Universität. Sie setzt auch eigene Akzente, vor allem, indem sie bislang weniger beachteten Einzelaspekten breiteren Raum widmet. So geht sie

beispielsweise auf den »Kriegsalltag vor Ort« oder ausführlich auch auf die Situation der Studenten im Allgemeinen und die der Studentinnen im Besonderen sowie auf die spezifische Situation ausländischer Studierender und Lehrender ein. Dabei kommen der Autorin die ausgezeichneten Kenntnisse zugute, die sie in ihrer jahrelangen Beschäftigung mit russischer und osteuropäischer Universitäts- und Studierendengeschichte sammeln konnte. Trude Maurer kann zeigen, dass es hier während des Krieges durchaus Spielraum gegeben hat. Neben dem Regelfall von Entlassung, Ausweisung oder Internierung von Studierenden oder Dozenten aus dem nunmehr »feindlichen Ausland« gab es auch gelegentliche Beispiele, in denen ein großzügiger, zumeist pragmatischen Erwägungen geschuldeter Umgang möglich war, etwa in Form von Einbürgerungen.

Besonders hervorzuheben sind die Schilderungen des von Einschränkungen und Personalmangel gekennzeichneten Kriegsalltags an den Universitäten. Auch ein weiterer von der Forschung bislang unzureichend beachteter, zumeist nur im Zusammenhang mit den Biografien einzelner Gelehrter behandelter Aspekt wie der konkrete Kriegseinsatz von Universitätsangehörigen und die dabei gemachten unterschiedlichen Erfahrungen, sei es als Experte in meist privilegierten Stellungen, sei es als Soldat oder Offizier in gewöhnlichen militärischen Einsatzbereichen, werden von Trude Maurer ausführlich behandelt. Sie macht deutlich, wie unterschiedlich das »Kriegserlebnis« des Einzelnen letztlich war. Sicher bleibt in diesem Zusammenhang auch manches offen, zum Beispiel, wenn Trude Maurer im Zusammenhang mit den wissenschaftlichen »Erträgen« des Kriegseinsatzes den fast sprichwörtlich »günstigen Gelegenheiten«, die sich den Gelehrten unter anderem in den besetzten Gebieten boten, zu wenig Beachtung schenkt. Hier hätte ein Blick beispielsweise auf die Arbeiten von Christoph Rooff geholfen, die spezifischen Besonderheiten wissenschaftlichen Arbeitens im Krieg besser zu konturieren. Zu denken ist dabei nicht nur

an die Aktivitäten deutscher Wissenschaftler im Bereich des Kulturgutraubs, an paläontologische Grabungen etwa in Belgien, sondern auch an die inzwischen gut dokumentierten ethnografischen, anthropologischen oder sprach- und musikwissenschaftlichen Untersuchungen an Kriegsgefangenen.

Natürlich kommt auch Trude Maurer nicht umhin, sich mit dem wohl am besten erforschten Teilgebiet ihres Themas, den berühmtesten Professorenaufrufen und anderen propagandistischen Aktivitäten der zumeist daheimgebliebenen Hochschullehrer auseinanderzusetzen. Dank gründlicher Analysen gelingt es ihr, einige in der Forschung und interessierten Öffentlichkeit noch immer kolportierten Pauschalurteile zumindest zu relativieren, so beispielsweise mit Blick auf den disziplinär unterschiedlichen Grad der (Selbst-)Mobilisierung von Hochschullehrern an der »Propagandafront«. Deziidiert spricht sie hier von einer »Polarisierung« und »Spaltung der Gelehrtengemeinschaft«, die durch den Krieg verursacht wurde.

Mit ihrer Studie ist es Trude Maurer auf beeindruckende Weise und weit über die konkreten Fallbeispiele hinaus gelungen, ein Bild der deutschen Universitäten sowie der vielfältigen Aktivitäten ihrer Angehörigen im Ersten Weltkrieg zu zeichnen. Wer sich künftig mit der Rolle von Universitäten oder anderen wissenschaftlichen Institutionen im Ersten Weltkrieg befassen will, wird sich an Trude Mauerers anregender und wegweisender Arbeit messen lassen müssen.

JENS THIEL (MÜNSTER/BERLIN)

■ Mythos Trümmerfrauen

Leonie Treber: Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes, Essen (Klartext) 2014, 483 S., Abb., 29,95 €

Das Interesse an den »Trümmerfrauen« ist auch 70 Jahre nach Kriegsende noch groß.

Radio- und Fernsehbeiträge beschäftigen sich mit ihrer Geschichte und in München wurde ihnen jüngst erst ein neues Denkmal errichtet. Auch innerhalb der Zeithistorie sind sie keine Unbekannten. Schon 1998 hat sich Merith Niehuss in einem Artikel ihrer angenommen und dabei den »Trümmerfrauen«-Mythos bereits gründlich hinterfragt. Seither wurden wesentliche Etappen des Konstruktionsprozesses beleuchtet. Nun gibt es eine Dissertation von Leonie Treber zur Geschichte der medialen und erinnerungskulturellen Präsenz der »Trümmerfrauen«. Die Arbeit ist als deutsch-deutscher Vergleich angelegt. Sie setzt zeitlich bereits am Ende des Zweiten Weltkriegs ein und geht über die Zäsur von 1989/90 hinaus, wobei sie fragt, inwieweit sich die Wiedervereinigung auf die Trümmerfrauenzählung in Ost- und Westdeutschland auswirkte. Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: Während im ersten Teil die politik- und sozialgeschichtliche Perspektive der Trümmerräumung und des Wiederaufbaus mit Blick auf ausgewählte Städte im Mittelpunkt steht, geht es im zweiten Teil – dem Kern der Studie – um die mediale Repräsentation der »Trümmerfrauen« und die Erinnerung in Ost- und Westdeutschland.

Treber schildert zunächst die Organisation und Durchführung der Trümmerräumung. Für die Zeit des Zweiten Weltkrieges kann sie sich dabei auf die umfassende Forschungsliteratur stützen, die die führende Tätigkeit des vor 1939 gegründeten Sicherheits- und Hilfsdienstes des zivilen Luftschutzes sowie den Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen dokumentiert. In der Nachkriegszeit lässt sich in Ost- wie in Westdeutschland eine Professionalisierung der Trümmerbeseitigung feststellen, die sich durch die Tätigkeit von Bauunternehmen und eigens gegründeter und spezialisierter Gesellschaften einerseits sowie die Technisierung und Mechanisierung von Arbeitsabläufen andererseits auszeichnete. Die Heranziehung von ehemaligen Parteigenossen, von Internierten sowie deutschen Kriegsge-

fangenen hatte zwar hohe Bedeutung für das Konzept einer Sühneleistung, gemessen am gesamten Umfang der Arbeitskräfte spielte sie jedoch eine nachgeordnete Rolle. Die Frage Trebers, welche im besetzten Deutschland anwesenden Bevölkerungsgruppen die Trümmerbeseitigung trugen, führt vor allem die Heterogenität des Arbeitskräftepotenzials vor Augen. Über die Arbeitsämter wurden deutsche Arbeitslose für die dringend anstehenden Aufgaben vermittelt, wobei diese durch den angedrohten Entzug von Lebensmittelkarten auch gehörig unter Druck gesetzt werden konnten. In geringem Umfang kamen auch Gefängnisinsassen zum Einsatz bzw. wurde die Beteiligung bei der Enttrümmerung zu einer Bewährungsaufgabe in Strafurteilen. Schließlich erstaunt – hier verweist Treber auf die Ergebnisse Stefan Schröders zur Stadt Münster – die forcierte Verpflichtung von *Displaced Persons* (DP). Das Ziel der britischen Militärregierung, DPs zu einer möglichst raschen Repatriierung zu bewegen, schuf die Voraussetzungen für diesen Einsatz, wobei nicht nur die ungebrochene Verwendung des Begriffs der »Fremdarbeiter« auf die heikle Kontinuität zur NS-Zeit verweist.

Wie viele der zu Enttrümmerungsarbeiten Eingesetzten waren nun Frauen? Diese Frage klärt Treber im letzten Unterkapitel ihrer politik- und sozialgeschichtlichen Betrachtung des Wiederaufbaus, wobei die Antwort darauf die sich entwickelnde Systemgrenze zwischen Ost und West sehr deutlich macht: In den von den Westalliierten besetzten Zonen war die Heranziehung und Beschäftigung von Frauen eher die Ausnahme und wurde zunehmend eingeschränkt. In der SBZ hingegen und im gesamten Berlin hatte die Kategorie Geschlecht für den Einsatz in der Trümmerbeseitigung – sei es verpflichtend oder freiwillig – weit weniger Bedeutung, wenngleich auch hier die Mehrzahl Männer waren.

In der medialen Präsentation und in der Erinnerung drehte sich dieses Verhältnis. Im zweiten Teil der Studie wird zunächst die Berichterstattung in Zeitungen und

Zeitschriften analysiert. 1946 findet sich der Begriff der »Trümmerfrau« in Berliner Zeitschriften, allerdings steht er lange neben Bezeichnungen wie »Schipperin« oder »Bauarbeiterin«. Wichtiger noch: Die Medien konzentrierten sich noch nicht auf die Frauen, sondern berichteten ausführlich von den Fortschritten der Trümmerräumung und der Arbeit der Bauunternehmen. Dies gilt insbesondere für die Westzonen und später für Westdeutschland, während die »Trümmerfrau [...] in Berlin und der SBZ zum Medienstar avanciert«.

Auch mit Blick auf Gedenktage und Denkmäler zeigen sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich. Für die Bundesrepublik kann Treber im Wesentlichen auf die bereits vorhandenen Forschungen zurückgreifen: Das Gedenken an die »Trümmerfrauen« blieb lange Zeit eine Berliner Angelegenheit, wie die Errichtung des Denkmals in der Hasenheide 1955 zeigt. Ihr Bekanntheitsgrad erweiterte sich dann vor allem in den 1980er Jahren, was mit einem erneuten Interesse der Medien, dem Wirken der Frauengeschichtsschreibung und der Debatte um die Kindererziehungszeiten in der Rente zu tun hatte.

In der DDR war die »Trümmerfrau« hingegen von Anfang an eine zentrale Figur der Feierlichkeiten am 8. Mai. Sie hatte aber auch eine prominente Funktion, wenn es um die Einbeziehung der Frauen in die Wirtschaft und den sozialistischen Gleichberechtigungsdiskurs ging. Spätestens seit den 1960er Jahren ehrte man die »Trümmerfrauen« anlässlich des Internationalen Frauentags als diejenigen, die den im 19. Jahrhundert begonnenen Kampf um Gleichberechtigung vollendet hätten; freilich nicht im Alleingang, vielmehr hätten sie die Chancen, die ihnen die sowjetische Militärregierung eröffnet habe, umzusetzen gewusst. Das »Trümmerfrauen«-Gedenken diene also auch zur Legitimation des politischen Systems.

Neben den nationalen Repräsentationen greift Leonie Treber eine Frage auf, die Jörg

Arnold bereits in seiner Studie (*The Allied air war and urban memory*, 2011) aufgeworfen hat, nämlich inwieweit sich kommunale, zum Teil unabhängige Erinnerungskulturen in der SED-Diktatur herausbilden konnten. Ihre Analyse der Situation in Dresden und Magdeburg fördert hierzu weitere interessante Befunde zutage. Während die »Trümmerfrau« in Magdeburg kaum präsent war und dafür der Bürgereinsatz im Vordergrund stand, trat sie in Dresden nicht nur als Kämpferin für Gleichberechtigung und als Symbol der Leistungskraft von Frauen auf. Vielmehr galt die »Trümmerfrau« als »Lebensspenderin für die Stadt Dresden nach der Katastrophe«. Dieses Narrativ – dies ließe sich hinzufügen – weist einige Ähnlichkeiten zu westdeutschen Erzählungen auf. Man denke nur an das alte 50-Pfennigstück, das das Bild der »Trümmerfrau des Waldes« trug, die kniend einen jungen Trieb einpflanzte.

Schließlich führt Treber ihre beiden Untersuchungsfälle im Fazit zusammen. Die Wiedervereinigung Deutschlands führte zur Konfrontation der teils unterschiedlich ausgerichteten Gedenknarrative. Die Autorin betont jedoch, dass die westdeutschen Erzählungen auch in den neuen Bundesländern die Deutungshoheit erobert hätten. Die Errichtung neuer Denkmäler in verschiedenen Städten, beziehungsweise entsprechende Vorhaben, halten die Erinnerung an die »Trümmerfrauen« wach. Erstmals meldeten sich zum Beispiel in Köln und München aber auch deutlich kritische Stimmen zu Wort, die nach der nationalsozialistischen Vergangenheit der geehrten Frauen fragten und für eine differenziertere Auseinandersetzung plädierten.

Leonie Treber hat das Wissen über die Erinnerung an die »Trümmerfrauen« erweitert. Ein Verdienst ihrer Studie ist vor allem der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei für die DDR besonders die Existenz unterschiedlicher, lokal geprägter Erinnerungsnarrative überrascht. Bisweilen hätte es der Arbeit gut getan, die Erinnerung an die »Trümmerfrauen« weniger isoliert zu be-

trachten. Wie dieses in die Entwicklung der ost- und westdeutschen Erinnerungswelten passt und inwiefern es bisherige Deutungen in Frage stellt, wird zu wenig erörtert. Übergreifende Fragen und Thesen, die in den letzten Jahrzehnten diskutiert wurden, etwa inwieweit die Blockkonfrontation im Kalten Krieg Erinnerungskulturen in Ost und West prägte (so etwa 1998 in *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland* von Jeffrey Herf) oder, ob die Transnationalisierung des Gedenkens eine Rolle für die sehr deutsch zu scheinenden Erzählungen über »Trümmerfrauen« spielte, werden kaum aufgegriffen.

NICOLE KRAMER (FRANKFURT AM MAIN)

■ Metamorphosen der Arbeit in der Schweiz

Brigitta Bernet/Jakob Tanner (Hg.), Ausser Betrieb. Metamorphosen der Arbeit in der Schweiz, Zürich (Limmat) 2015, 344 S., 49 Abb., 48,00 €

Auch in der Schweiz ist die Arbeitsgesellschaft in einer Krise und durchläuft einen vielgestaltigen Transformationsprozess. Brigitta Bernet und Jakob Tanner nehmen diese Erkenntnis zum Ausgangspunkt eines anregenden Bandes zur Geschichte der Arbeit, der 17 teils recht unterschiedliche Beiträge versammelt. Die Herausgebenden verstehen ihr Unterfangen dezidiert als Beitrag zu einer kulturwissenschaftlich informierten Erneuerung der *Labour History* und wollen etablierte Vorstellungen industrieller Arbeit »dezentrieren«. Der Titel »Ausser Betrieb« soll diesen Anspruch an eine Geschichte der Arbeit in der Schweiz metaphorisch einfangen und verweist darauf, dass die Geschichte der Arbeit über den klassischen Raum der Fabrik hinausgeht. Die Schweiz steht hier als »paradigmatischer Fall« für die kategoriale Formalisierung, Bürokratisierung und Verrechtlichung von Arbeitszusammenhängen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert

und damit für typische Phänomene der industriellen Moderne. Der Schwerpunkt des Bandes liegt jedoch auf den Dynamiken neuer Arbeitsformen und Arbeitsdeutungen nach dem Zweiten Weltkrieg und noch deutlicher »nach dem Boom« (Doering-Manteuffel/Raphael). So greifen die Beiträge einerseits aus der älteren Forschung bekannte Gegenstände wie Versicherungen, Streiks und Mitbestimmung auf und wenden sie neu, andererseits thematisieren sie auch neue oder bislang meist vernachlässigte Themen wie die koloniale Projektion europäischer Arbeit oder die Hausarbeit.

Eine solche Dezentrierung der Arbeit in der Schweiz gelingt besonders dort gewinnbringend, wo konkrete Gegenstände mit grundlegenden Fragehorizonten verbunden werden. Céline Angehrn diskutiert zum Beispiel die Etablierung von Berufsbildern anhand der Berufsberatung im ländlichen Liestal. Sie kann herausarbeiten, welche Bedeutung Fotografien in dieser Beratung hatten. Über diese Bilder wurde nicht nur die individuelle Berufswahl von Jugendlichen vermittelt, sondern vor allem handwerkliche Berufe wurden auch kategorial formalisiert und gegen die Arbeit in der Industrie und der Landwirtschaft abgegrenzt. Auch Martin Lengwilers Beitrag zur Kodifizierung von Arbeit im 20. Jahrhundert und Carola Tognis Aufsatz zur Geschlechterordnung in der Arbeitslosenversicherung erhellen die Grundlagen industrieller Gesellschaft. Beide Beiträge verbleiben jedoch im Allgemeinen und argumentieren auf der Grundlage legislativer und bürokratischer Normsetzung.

Besonders fruchtbar sind vor allem scheinbar abseitige Beispiele wie der von Urs Gersmann untersuchte Strafvollzug. Bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert lässt sich hier eine sozialpolitische Funktionalisierung von Zwangsarbeit in der Haft erkennen, die durch ein »kurzfristiges Beschäftigungstraining« auf die persönliche Entwicklung und auf *employability* nach der Haft zielte. Zu der Ambivalenz dieser Entwicklung gehört

jedoch, dass gerade im Jugendstrafrecht die Arbeit in Gefängnissen einer eigenen, von allgemeinen gesellschaftlichen Diskursen über Arbeit abgehobenen Logik folgte, so dass der Gedanke einer Sühneleistung – in verschiedenen Formen – prägend blieb. Am Beispiel des Betriebssports, das Niklaus Ingold und Flurin Condrau in ihrem gemeinsamen Beitrag behandeln, wird deutlich, dass der Krise der Arbeit nach dem Boom eine kulturpessimistische Krisenerfahrung vorwegging, nämlich breite Debatten über Krankheiten der Arbeitsgesellschaft. Sportliche Betätigung am Arbeitsplatz, und sei es nur für fünf Minuten vor der Frühstückspause, schienen nun eine wirkmächtige Antwort auf Gesundheitsprobleme zu geben und verdeutlichten die wachsende Wahrnehmung von schädlichen Auswirkungen von Arbeit.

Iris Blum veranschaulicht in ihrem Beitrag über die Handlungsreisenden der Firma Just die transnationale Einbettung Schweizer Arbeit. Aus den USA inspiriert, entwickelte Just ein konkretes *social engineering* und leitete seine Vertreter zur individuellen Selbstoptimierung und Absatzsteigerung an. Blum kann hier zeigen, dass der »Unternehmer seiner selbst« nicht erst eine Entwicklung des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts, sondern deutlich früher angelegt war. Die Einbeziehung solcher Transferprozesse in die Analyse von Arbeit in der Schweiz spricht für ein transnationales Grundverständnis Schweizer Geschichte. Die von den Herausgebenden eingangs postulierte Verflechtung mit internationalen Märkten muss nicht in einzelnen Fallstudien abgearbeitet werden, sondern zieht sich hier wie auch in anderen Beiträgen gleichsam als roter Faden durch die ansonsten recht disparate Thematik des Bandes.

In seinem Schlusswort reiht Marcel van der Linden die Beiträge des Bandes in die von ihm selbst immer wieder eingeforderte kulturhistorische und globalgeschichtliche Erweiterung der Arbeitsgeschichte ein. Arbeit ist auf diese Weise mehr als abhängige

Lohnarbeit, die sich isoliert in einem Betrieb oder in einem Nationalstaat betrachten lässt, sondern umfasst notwendig die Auseinandersetzung mit Nicht-Arbeit bzw. Anti-Arbeit und zwar in ihren größeren, strukturellen und geografischen Zusammenhängen. Ohne Zweifel, der vorliegende Band überschreitet in diesem Sinne gewinnbringend eine Engführung des Konzepts von Arbeit und ergänzt es um Perspektiven außerhalb des Betriebs. Ebenso entlarvt er Vorstellungen von Normalarbeitsverhältnissen und typischen Lebensläufen als Konstruktion, die keineswegs allgemeinverbindlich waren.

Diese arbeitsgeschichtlichen Postulate und der Blick auf die Schweiz als Land »mitten in Europa« (Holenstein) hätten jedoch wünschen lassen, die transnationale Entgrenzung von Arbeit in der Schweiz stärker in den Blick zu nehmen. Gerade die immer wieder in den Beiträgen präsenten ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdeutlichen durch ihre systematische Ausgrenzung aus Versicherungen und Sozialfürsorge die Konstruktion von Normalarbeit und Beruf. Ihr Fall zeigt, wie sehr Arbeit in der Schweiz eben Schweizer Arbeit meint. Die globale und quasi-koloniale Dimension dieser Arbeit wird nur durch Marina Lienhards Beitrag zur Basler Tropenschule diskutiert. Dabei hätte die gerade in der Schweiz besonders fruchtbare Globalgeschichte weitere Perspektiven für den binnenschweizer Arbeitsraum und die Identitätsbildung Schweizer Arbeit eröffnet, wie beispielweise Andreas Zangger an anderer Stelle herausstellen konnte.

Diese kritischen Bemerkungen sollen den Gewinn des Bandes keineswegs schmälern, sondern vielmehr unterstreichen, welches Potenzial die Erweiterung und Dezentrierung der Arbeitsgeschichte bietet. Diese ist auch über die Schweiz hinaus vielversprechend.

GREGOR FEINDT (MAINZ)

■ Psychochirurgie nach dem Zweiten Weltkrieg

Marietta Meier, Spannungsherde. Psychochirurgie nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen (Wallstein) 2015, 392 S., 22 Abb., 42,00 €

Am dramatischen Ende des Filmes *Einer flog über das Kuckucksnest* ist es eine kleine Narbe am Kopf des Protagonisten Randle McMurphy, die seinen Freund und Mitpatienten »Chief« Bromden dazu bringt, ihn mit einem Kopfkissen zu ersticken. Der vormalige Rebell gegen das Stationssystem einer psychiatrischen Klinik erscheint nach einer Lobotomie als willenloses, zufriedenes Wesen – und zugleich als Opfer einer machtmisbrauchenden Psychiatrie.

Die Veröffentlichung des Filmes erfolgte 1975 zu einem Zeitpunkt, als die Hochphase der Lobotomie oder Leukotomie überschritten war und die Kritik an dieser Methode deutlich überwog. Die beiden Begriffe werden überwiegend gleichbedeutend verwendet und bezeichnen einen psychochirurgischen Eingriff, bei dem zwischen Frontallappen und Thalamus des Gehirns Nervenbahnen zerstört werden. Die Psychochirurgie ist seither nicht verschwunden, sondern hat sich zu verfeinerten Anwendungen hin entwickelt und ist heute unter anderem mit der *Deep Brain Stimulation* als invasives, aber reversibles Verfahren gegenwärtig.

Marietta Meiers Studie behandelt die Hochkonjunktur des psychochirurgischen Eingriffs der Leukotomie/Lobotomie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg im deutsch- und französischsprachigen Raum, mit deutlichem Fokus auf die Schweiz. Damit legt die Autorin erstmals eine Untersuchung der Psychochirurgie für diesen Länderkontext vor, nachdem sich bisherige Studien seit den 1980er Jahren vorrangig mit der Anwendung in den Vereinigten Staaten befasst haben. Dies mag auch dem Umstand geschuldet sein, dass die »Hochphase« der Leukotomien als therapeutisch verstandenes Mittel in den 1940er und 1950er Jahren vor allem in den

USA gegenwärtig war und von dort aus in die europäische Fachdebatte Einzug nahm.

Nachdem der portugiesische Neurologe Antonio Egas Moniz die Methode 1935 erstmals anwendete, fand sie zunächst kaum Zustimmung und Nachahmer. Meier geht nun der Frage nach, wie und warum die Psychochirurgie nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa für einen Zeitraum von etwa zwanzig Jahren als geeignet angesehen wurde, psychischen Erkrankungen den »affektiven Stachel« zu nehmen.

Die Auseinandersetzung mit der sprachlichen Metaphorik, das diskursanalytische Werkzeug der »Problematisierung« und das historiografische Verfahren des Perspektivwechsels (*Jeux d'échelles*) nach Jaques Revel lassen die Untersuchung zu einer gewinnbringenden Lektüre werden, die einen wichtigen Beitrag zur historiografischen Debatte insbesondere über die deutschsprachige Nachkriegspsychiatrie setzt. In neun Kapiteln wechselt Marietta Meier immer wieder zwischen Mikro- und Makroperspektive. Zunächst analysiert sie den Aufschwung der Leukotomie in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Rezeption der Arbeiten des US-amerikanischen Neurochirurgen James Watts und Walter Freeman (Kapitel 2). Wie die Autorin plausibel darlegt, gelang es den beiden Mediziner 1942 mit ihrem Hauptwerk *Psychosurgery* durch die wissenschaftliche Konstruktion der »affektiven Spannung« ein *boundary concept* vorzustellen, das experimentelle Hirnforschung, klinische Forschung und psychiatrische Praxis dieser Zeit miteinander verbinden konnte.

Im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Debatte werden in den folgenden Kapiteln der Studie weitere Faktoren dargestellt, die für den zeitweiligen Aufschwung dieser psychiatrischen Behandlungsmethode relevant waren, so die Raumstruktur und Belegungssituation in den psychiatrischen Anstalten am Beispiel der Schweiz (Kapitel 3), die Rolle von Raumordnungen und Akteurskonstellationen bei Vorschlag und Anwendung des Eingriffs (Kapitel 5), Lai-

envorstellungen und Expertenmeinungen zur Psychochirurgie als »Heilmittel« (Kapitel 6), geschlechterspezifische Definitionen und Maßstäbe des »schwierigen« Verhaltens von Patient_innen zur Rechtfertigung von Leukotomien (Kapitel 7), schließlich die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnis im Kontext der Operation (Kapitel 8) sowie die Bewertung des Rückgangs psychochirurgischer Eingriffe im Kontext der Einführung von Psychopharmaka (Kapitel 9).

Ein zentrales Element der Untersuchung ist die Konstituierung »schwerer Fälle« im klinischen Kontext und als Begründung für den Eingriff im Zusammenhang mit Persönlichkeitsvorstellungen der europäischen Nachkriegszeit. Überzeugend stellt die Autorin dar, wie die kritische Betrachtung von Persönlichkeitsveränderungen als »Nebenwirkung« der Leukotomien in Verbindung mit der angenommenen »schweren« Erkrankung der Patient_innen in den Hintergrund trat (Kapitel 4). Mit der Annahme, »schwere Fälle« würden nicht mehr über einen »Rest gesunden Menschseins« verfügen, der ihnen durch den psychochirurgischen Eingriff geraubt werden könnte, sollte der Kritik begegnet werden, die Operation produziere »Zombies«. Hier zeigte sich nach Meier ein bildungsbürgerliches, »hierarchisches Persönlichkeitskonzept« in der Medizin, das den »Siegeszug« eines »vagen, holistischen Persönlichkeitsbegriffs« begünstigte. Demnach sei nach dem Zweiten Weltkrieg ein Verständnis der Persönlichkeit »als evolutionär wachsende, aber formbare Größe« dominierend gewesen.

Dieser Persönlichkeitsbegriff in Verbindung mit der realen Situation in den Kliniken und Anstalten förderte die Anwendung des Eingriffs bei »schwierigen« Patienten auf »unruhigen« Abteilungen. Es ist die besondere Qualität von Marietta Meiers Studie, sowohl die Metaphorik dieser Begriffe der ärztlichen Einschätzungen als auch ihre Interdependenz und Kontingenz innerhalb des Aufenthaltsverlaufs in einer Anstalt einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Deut-

lich werden auch verschiedene Facetten der Abwägungen von Angehörigen, deren Einwilligung die Operation meist erforderte. Befördert durch die Presseberichterstattung der 1940er und 1950er Jahre bestand dabei bei medizinischen »Laien« oft die Vorstellung, Leukotomien würden die organische Ursache psychischer Erkrankungen beseitigen oder unmittelbar beeinflussen oder Angehörige erhofften sich vom Eingriff »Erleichterung« für die Patient_innen, obwohl auch sie die Nebenwirkungen der »Persönlichkeitsveränderung« fürchteten.

Plausibel stellt Meier heraus, dass die Ärzt_innen dem Laienurteil von Patient_innen und Angehörigen kein Gewicht beimaßen und so die Fachleute »eindeutig die Oberhand hatten«. Zugleich kann nicht übersehen werden, dass die Studie diese Dichotomie in gewisser Weise auch reproduziert, da neben den vielfältigen Perspektivwechseln und einbezogenen Faktoren die Betroffenen selbst kaum zu Wort kommen. Dies mag auch der einzige Kritikpunkt sein, der den Wert dieser ausgewogenen und aufschlussreichen Studie jedoch in keiner Weise schmälert. Vielmehr wünscht man sich, dass zukünftige Studien zur Psychiatrie der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sich die methodische Ausrichtung und den Perspektivenreichtum von Marietta Meiers Arbeit zum Beispiel nehmen. So könnten verschiedene in der Studie angedeutete Themenkomplexe weiter untersucht werden, die ihren Rahmen gesprengt hätten. Wünschenswert, wenn auch methodisch herausfordernd wäre etwa eine genauere Betrachtung der psychochirurgischen Praxis in der BRD und DDR abseits der publizierten Fälle und eine vertiefende Untersuchung von derartigen Eingriffen bei Sexualdeviationen, wie sie die Autorin im Kontext der »zweiten Phase der Psychochirurgie« andeutet (Kapitel 9). Zweifellos bietet die Studie Marietta Meiers dafür einen gelungenen Referenzpunkt, an dem sich zukünftige Forschungen orientieren können.

CHRISTOF BEYER (BERLIN)

■ Öl und Souveränität

Rüdiger Graf, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 103), Berlin (De Gruyter Oldenbourg) 2014, XII und 442 S., 5 Abb., 54,95 €

An Rohstoffen kristallisieren sich heute vielerlei Hoffnungen und Befürchtungen. Die einen sehen ein düsteres Zeitalter globaler Ressourcen-Kriege heraufziehen. Sie sprechen auch von einem Ressourcenfluch, wonach jene Länder, die mit natürlichem Reichtum gesegnet sind, eine inhärente Tendenz zu Korruption und Verarmung aufweisen, was sie wiederum verwundbar macht für Ausbeutungsstrategien von außen. Andere sehen in der Energie ein Medium zukunftsgerichteter Gesellschaftsreflexion. Neuen Technologien wird ein hohes Veränderungspotenzial zugeschrieben. Sie sollen eine »2000 Watt-Gesellschaft« ermöglichen, die aus dem heutigen Wachstumszwang auszubrechen und einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen imstande ist. Der ökologische Umbau moderner Lebensstile erscheint als das wirksamste Antidot gegen den desaströsen Klimawandel.

Die vorliegende Studie geht – weit über den thematisch-zeitlichen Schwerpunkt hinaus – davon aus, dass in Debatten um Energie – in diesem Falle um Erdöl – Selbstbilder von Gesellschaften verhandelt werden. Sie zeichnet nach, wie Forschung, Wissenschaft und Öffentlichkeit laufend neues Wissen generieren, das transnational, interkontinental und zwischen verschiedenen, staatlichen und non-gouvernementalen Institutionen und Akteuren zirkuliert. Als zentrale Figur in diesem globalen Wissensmanagement erweist sich der Experte. Rüdiger Graf zeigt, dass im Übergang zu den 1970er Jahren keine »Havarie der Expertenkultur« stattfand (wie eine ältere These behauptete). Vielmehr wurde Expertise in allen zuständigen Gremien und Handlungsbereichen immer wich-

tiger und – aufgrund des Spezialisierungszwangs – auch heterogener. Es beschleunigte sich der Aufstieg einer Beratungsindustrie, welche die Politik bis heute nicht nur mit Fachkompetenz ausstattet, sondern auch stärker als vorher zum Spielball von Interessengruppen macht.

Diese Gegenwartspänomene weisen eine komplexe Vorgeschichte auf. Die Studie geht von der starken These aus, dass die erste Hälfte der 1970er Jahre, präziser die Jahre 1971 bis 1973, den entscheidenden Wendepunkt und »Beginn unserer Zeit« darstellen. Weit über die Energiepolitik hinaus bildeten sich damals Problemkonstellationen heraus, »die uns im Wesentlichen heute noch gegenwärtig sind«. Der Autor beschränkt sich damit nicht auf die präzise Beschreibung einer Episode, die sich vor über 40 Jahren abspielte, sondern er situiert sein Thema in einer Geschichte der Gegenwart. Dies setzt eine thematisch-theoretische Horizonterweiterung voraus, die vortrefflich gelingt.

Empirisches Kernstück der Studie ist die Erdölkrise, die im Herbst 1973 die politische Öffentlichkeit rund um den Globus in ihren Bann zog. Dieses Ereignis war, wie ein instruktives Kapitel über »die Welt des Öls in den 1950er und 1960er Jahren« verdeutlicht, kein Blitz aus heiterem Himmel. Doch herrschten vorher Zukunftszuversicht und Regelvertrauen, so griff nun Unsicherheit um sich – und in diesem Moment war die symbolische Kommunikation der »arabischen Ölwanne« besonders effektiv. Es standen sich allerdings keineswegs zwei geschlossene Lager gegenüber. Innerhalb der Front von OAPEC (Organisation of Arab Petroleum Exporting Countries) beziehungsweise OPEC (Organisation of Petroleum Exporting Countries) herrschten beträchtliche Spannungen. Dasselbe gilt für die entwickelten Industrieländer, die aufgrund des raschen Wirtschaftswachstums und des Durchbruchs in die Konsumgesellschaft immer mehr Energie verbrauchten. Die Kapitel zu den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland machen

deutlich, wie heterogen und widersprüchlich die Interessenlage auf beiden Seiten war. Den Kämpfen um die Deutungshoheit über die Angebotspolitik und um die Ausgestaltung der Embargomaßnahmen wohnte ein hoher Grad an Kontingenz inne, der durch den Anspruch auf eine wissenschaftliche Politikfundierung und die forcierte Produktion von sogenanntem »Petroknowledge« (sowohl herstellungspraktisch als auch in akademischen Analysen) gebändigt werden sollte. Das Erdöl erweist sich insgesamt als signifikantes Exempel für die in dieser Transformationsphase stattfindende Verwissenschaftlichung der Politik und die gegenläufige Politisierung der Wissenschaft.

Von bereits vorliegenden Studien hebt sich der Autor in dreifacher Hinsicht ab: Erstens folgt er systematisch wissenschaftlichen und transnationalen Fragestellungen, welche das Thema auf eine innovative Weise neu rahmen. Zweitens fokussiert er auf politisches Handeln und die Praxis einer Vielzahl von individuellen und institutionellen Akteuren mit unterschiedlichen, divergierenden, auch antagonistischen Interessen, was die ereignisgeschichtliche Dynamik auf neue Weise nachvollziehbar macht. Voraussetzung dafür war wiederum – drittens – eine breite Quellenfundierung der Untersuchung, für die bisher unerschlossene Archivbestände aus der BRD, den USA und Großbritannien ausgewertet wurden. Erst aufgrund einer Vielzahl neuer Dokumente wird deutlich, wie mit dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Förderländern und Ölfirmen im Oktober 1973 auch ein komplexer Kommunikations- und Interaktionszusammenhang zerstört wurde, mit dem Resultat eines ebenso irritierenden wie inspirierenden Nichtwissens.

Im breiten Kontext der Untersuchung zeigt sich, dass die sich bereits 1971 ankündigende und 1973 in eine als dramatisch wahrgenommene Akutphase übergehende Erdölkrise einen weit über Energiefragen hinausgehenden Destabilisierungseffekt hatte und damit Wandel in unterschiedlichen

Bereichen auslöste. Die Knappheit des Öls fungierte als Katalysator für die Karriere zukunftsweisender Konzepte von Wirtschaft, Gesellschaft, Staatlichkeit und Souveränität. Im Moment des Mangels offenbarten sich neue Einsichten in die materiellen und mentalen Bedingungen moderner Gesellschaften, und in der Ökonomie, der Soziologie und der Anthropologie stieß »die Denkfigur der gesellschaftskonstituierenden Kraft der Energie« auf eine bisher nicht gekannte Resonanz. Es brach sich, befeuert durch die Club-of-Rome-Studie *Grenzen des Wachstums*, ein ökologischer Grenzdiskurs Bahn, der das Bild eines »Raumschiffs Erde« plausibilisierte und den Übergang von der Frontier-Ideologie einer »cowboy-economy« hin zu einer »spaceman economy« nahelegte.

Gleichzeitig wurde eine Transformation der internationalen Ordnung konstatiert; der außenpolitische Realismus, der im Machtspiel zwischen souveränen Staaten den entscheidenden Faktor der Globalpolitik sah, geriet unter Druck. Maßgeblichen Beobachtern erschien die Ölkrise »als ein entscheidender souveränitätsgeschichtlicher Wendepunkt, und zwar nicht nur der Geschichte westlicher Industrienationen, sondern auch der Welt insgesamt«. Dabei wurde vor allem in den multinationalen Ölkonzernen eine Gefahr für die nationale Souveränität und auch für die nationalstaatlich verfassten Demokratien gesehen. Diese Bedrohungsszenarien interagierten wiederum mit einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der die Regierungen für immer weitere Schwachstellen und Gefahrenquellen sensibilisierte und das Bedürfnis nach Normalität inmitten einer Umbruchphase verstärkte.

Die Studie schildert die Transformationsphase der beginnenden 1970er Jahre überzeugend und mit hohem empirischem Auflösungsvermögen. Dadurch können bisher kaum beachtete Prozesse und entscheidungsrelevante Persönlichkeitsfaktoren sichtbar gemacht werden. Einwenden lässt sich zweierlei. Erstens hätte sich mit einer differenzierenden Analyse der Konstellation

des Kalten Krieges ein weiterer Erkenntnisgewinn realisieren lassen. Zeitgenössische Beobachter stellten fest, dass die Ölkrise klassische Analyseparameter der internationalen Beziehungen verschob und sich nicht mehr allein durch das »Prisma der Supermacht-konfrontation« wahrnehmen ließ (so Linda B. Miller 1977). Tatsächlich verhinderte die Blockbildung zwischen Ost und West gerade nicht, dass sich die Sowjetunion seit Mitte der 1960er Jahre als vergleichsweise zuverlässiger Energielieferant profilieren und die Krise der Jahre 1973/74 für eine Annäherung an das westliche Bündnis nutzen konnte. Dieser Vorgang fügt sich bestens in das von Rüdiger Graf gezeichnete Bild ein und stellt eine eindimensionale Bipolaritäts-These in Frage. Von Interesse wäre zweitens ein stärkerer Einbezug der Kontroversen um das »friedliche Atom« gewesen, das im Schatten der Ölkrise besondere Strahlkraft entfaltete und die energiepolitischen Debatten der letzten Jahrzehnte mitprägte. Diese Erweiterungen stellen freilich Desiderata dar, deren Bedeutung vor dem Hintergrund der ausgezeichneten Studie überhaupt erst sichtbar wird.

JAKOB TANNER (ZÜRICH)